

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 22

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Wir sind keine Opposition; wir wollen bloss eine neue regierende Partei registrieren lassen.»
(«Trybuna Ludu», Warschau, 13. 10. 1988)

Vorteil, dass man in ihren Kreisen auf andere Oppositionsgruppen nicht weniger schimpft als auf das Regime und insbesondere die Kontakte zu alternativen Kräften in der UdSSR, der CSSR und in Ungarn als unnütz abtut.

... ohne Solidarität

Auf jeden Fall ist die «Dziekania»-Legalisierung nicht als Vorstufe zur Solidarnosc-Legalisierung zu verstehen, denn mit dieser verfährt man anders: hinhaltend mit der Führung und repressiv mit der Basis.

Den Teilnehmern an der letzten Streikbewegung begegnete man unter anderem mit Entlassungen, Strafverfahren und Nötigungen. Gleichzeitig stellte man der Solidarnosc aber Gespräche am runden Tisch in Aussicht. Am 17. Oktober oder sonst einmal wollte man eine Delegation von 50 bis 60 Personen empfangen und ihr eine reichhaltige Traktandenliste zur Diskussion vorlegen, ganz so, als ob es nicht auf die eine Sache der Wiederzulassung der Solidarnosc ankäme.

Am 6. Oktober kam eine apokryphe Schrift aus der Kanzlei von Jaruzelski in Umlauf, deren Echtheit anderntags von der amtlichen Presseagentur dementiert wurde. Beim angeblichen Dokument handelte es sich um eine Anweisung (vom 15. September an die Parteiorganisationen in den Betrieben), wie die Solidarnosc zu bekämpfen sei, indem man beispielsweise ihren gefährlichsten Aktivisten lukrative Posten zuhalte und so weiter. Walesa zweifelte das Dementi an, und die potentielle Verhandlungssphäre wurde noch zusätzlich vergiftet.

Die für den 17. Oktober erwarteten (oder schon nicht mehr erwarteten) Gespräche wurden dann sine die verschoben, und dafür zog man gegen die Solidarnosc mit einer Propagandakampagne ins Feld, die auch jenseits der Grenzen geführt wurde. ZK-

Sekretär Marian Orzechowski veröffentlichte in der sowjetischen Presse einen Artikel, in welchem er indirekt versicherte, die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft stehe in Polen nicht zur Debatte. In Warschau selbst sagte man das nicht so, aber Regierungssprecher Jerzy Urban konfrontierte Walesa mit Bedingungen, auf deren Erfüllung die Solidarnosc zum Teil nicht einmal Einfluss nehmen kann. Um gesprächsfähig zu werden, müsse sich die Gewerkschaft von «extremistischen Elementen» trennen. Als Beispiel angeführt wurden «Pro Solidarnosc»-Demonstranten in Danzig und Stettin, die unter anderem «Kommunismus gleich Faschismus» gerufen haben sollen. Nun ging es dabei um spontane Jugendaktionen, die sich der Kontrolle von Walesa oder seinen Gefolgsleuten völlig entziehen.

Eine weitere Forderung Urbans betraf die Teilnehmerliste für die Gespräche. Jacek Kuron und Adam Michnik seien zu eliminieren. Diese beiden angesehenen Veteranen der Opposition sind aus der marxistischen Dissidenz hervorgegangen und halten den Sozialismus auch heute noch für reformierbar, was der Partei eigentlich willkommen sein müsste, aber sie zieht argumentationschwächere Sozialismusfeinde als Gesprächspartner vor.

So sabotiert man die Verhandlungen und wirft gleichzeitig der Gegenseite vor, gerade das zu tun. Inzwischen reiste Rakowski zu seiner Antrittsvisite nach Moskau, aber von dort aus lassen sich die polnischen Probleme auch nicht lösen, nicht einmal mehr falsch. In Polen selbst geht es um die Frage der genutzten Zeit. Noch kann man mit einer «vernünftigen» Opposition reden, wie es die Solidarnosc unter Walesa ist, aber die Geduld der Basis lässt sich nicht beliebig strapazieren. Rakowski nun versteht es, die Probe auf Biegen und Brechen hinauszuschieben. Eine geschickte Taktik, aber vielleicht eine schlechte Strategie. ■

LIEBE LESER

Auf der Titelseite unserer heutigen Ausgabe zeigt die ungarische Karikatur, oder vielmehr der Text dazu, das Ausmass des geistigen Wandels in Osteuropa. In den eigenen Zeitungen seien heute die früheren Lügen von Radio Freies Europa als zutreffende Berichterstattung zu lesen. Wir vom Schweizerischen Ost-Institut finden uns da ähnlich rehabilitiert wie RFE. Dass das auch konkret so ist, wird auf Seite 12 aus dem Bericht von Prof. Revesz ersichtlich, der nach 31 Jahren zum erstenmal wieder seine frühere Heimat besucht hat. Er hatte das Land 1957 verlassen müssen, weil ihm als «Konterrevolutionär» der Tod drohte.

Vorgefunden hat unser erster wissenschaftlicher Mitarbeiter in Ungarn freilich nicht nur die neue Ehrlichkeit, sondern auch eine Menge von Problemen, denen mit blosser Ehrlichkeit nicht beizukommen ist, auch wenn sie den ersten Schritt darstellt. Da sind gewiss die materiellen Sorgen, die durch Teilabwendung von der Planwirtschaft eher verdeutlicht als behoben werden, aber da sind auch Restanzen der politischen Vergangenheit; noch heute sehen sich ehemalige Opfer und deren Nachkommen zwar nicht theoretisch, wohl aber praktisch diskriminiert, und zwar deshalb, weil man sonst die Henker von damals diskriminieren müsste und die falsche Legitimierung der gesamten Machtausübung offenbar werden müsste.

Die Botschaft «Sei still; dir wirft ja niemand mehr etwas vor» kann von den Betroffenen noch nicht als Abkehr vom Unrecht eingesehen werden. Sie fordern konsequenterweise die logische Genugtuung aus den neuen Einsichten und werden dann als renitente Elemente behandelt. Es ist leicht, ihnen vom Westen her anzuraten, Ruhe zu geben und ihr Begehren nach Wiederherstellung des Rechts zu vergessen oder zurückzustellen; wie würde ein solcher Rat in *unseren* Ohren tönen, wenn wir an ihrer Stelle wären? Der gleichen Schwierigkeit begegnet man heute im Osten überall dort, wo ganze Völker oder Volksgruppen auf Beseitigung von historischem Unrecht drängen; Legitimität und Opportunität kommen dabei einander fast unweigerlich in die Quere.

Stellt sich ein analoges Problem auch in Polen bezüglich der Solidarnosc-Forderung nach Wiederzulassung? Es ist eine Frage der Zeit, und dort ist sie vielleicht so weit gediehen, dass es das Regime ist, das seine Opportunität verkennt, wenn es die Opposition weiterhin ausschliessen will, welche die Bevölkerungsmehrheit hinter sich hat. Die an sich seltsame Suche der Regierung nach Ersatzopponenten zeigt auf ihre Weise, dass man einer neuen Lage Rechnung tragen muss. In Umbruchzeiten kann «vernünftiges Verhalten» sehr rasch zum unvernünftigen Verhalten werden, und das gilt beidseitig oder allseitig. Christian Brügger